

Erdgas: SPD drängt auf „transparentes Verfahren“

KREIS STEINFURT. Auf Initiative der SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Münsterland, Elisabeth Veldhues, Frank Sundermann und André Stinka, trafen sich die Abgeordneten mit dem Regierungspräsidenten von Arnshagen, Prof. Gerd Boller, zu einem ausführlichen Gespräch.

Der Klima- und Umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, André Stinka, zeigte sich jetzt erfreut über die Zusage des Regierungspräsidenten, bei den geplanten Erkundungsbohrungen nach Erdgas im

Abgeordnete: Wasserrechtliche Genehmigung wichtiger Schritt

Münsterland nun die strengen Vorschriften des Wasserrechts anzuwenden. Bislang sollte dort nur das beteiligungsfreie Bergrecht zum Zuge kommen. Stinka: „Ich bin sehr erleichtert, dass wir diesen großen Fortschritt erzielen konnten. Durch die Anwendung des Wasserrechtes können wir sicherstellen, dass nur dann Probebohrungen durchgeführt werden können, wenn nachweislich das Grundwasser nicht gefährdet wird.“ Dieses ist nicht zwingend gesetzlich

vorgeschrieben.

Die heimischen SPD-Abgeordneten haben Boller, außerdem aufgefordert, für ein transparentes Verfahren zu sorgen, bei dem die Sorgen und Einwände der Münsterländer ernst genommen werden. Hierzu schlugen sie ein Expertengespräch vor, zu dem alle Beteiligten, also auch die Bürgerinitiativen, Experten benennen könnten. Insbesondere aufgrund der besorgniserregenden Erfahrungen aus den USA sollte

genau untersucht und hinterfragt werden, ob ähnliche Folgen auch im Münsterland

»Die Betroffenen brauchen mehr Beteiligung und Mitsprache.«

Elisabeth Veldhues

drohen könnten. Sundermann: „Wichtig ist außerdem, dass erfolgreiche Erkundungsbohrungen natürlich nicht automatisch zu

einer Genehmigung zum Abbau des Gases führen werden. Dazu muss dann ein gesondertes Genehmigungsverfahren beantragt werden.“ Wie die SPD-Abgeordneten verdeutlichten, stammt das Bergrecht aus den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Beteiligung betroffener Bürger sieht das Gesetz bisher nicht vor. „Da sehen wir dringenden Handlungsbedarf, um in diesem sensiblen Bereich den Betroffenen mehr Beteiligung und Mitsprache im Vorfeld einzuräumen“, betont Elisabeth Veldhues.

WV 25.07.2011